



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE POLNISCHE FLÜCHTLINGSDEBATTE

- **ANALYSE**
Die Radikalisierung der polnischen Debatte zur europäischen Flüchtlingskrise 2
Łukasz Bertram und Karolina Wigura, Warschau
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
Aufnahme von und Einstellungen zu Flüchtlingen 8

- **CHRONIK**
1. – 14. März 2016 12

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



25 Jahre gute
Nachbarschaft
25 lat dobrego
sąsiedztwa



Die Radikalisierung der polnischen Debatte zur europäischen Flüchtlingskrise

Lukasz Bertram und Karolina Wigura, Warschau

Zusammenfassung

Im Februar 2016 machte das Titelblatt eines polnischen Wochenmagazins nicht nur in der internationalen Presse, sondern auch in den sozialen Medien die Runde. Zu sehen war eine hellhaarige, in die Fahne der Europäischen Union gewickelte Frau, die sich vor Attacken dunkelhäutiger Männerhände wehrte. – Die AutorInnen präsentieren Analyseergebnisse des *Observatorium der Öffentlichen Debatte* der Stiftung *Kultura Liberalna*, die anhand der Untersuchung ausgewählter polnischer Presse- und Internetpublikationen, die im rechten Spektrum den Ton angeben, ermittelt wurden. Thema sind die Darstellung der »europäischen Flüchtlingskrise« in der Zeit zwischen September 2015 und Februar 2016. Hervorzuheben ist, dass die Analyse nicht das Ziel verfolgt, das Gesamtbild der polnischen öffentlichen Debatte in den betreffenden Monaten vorzustellen. Die Analyse konzentriert sich ausschließlich auf die von den AutorInnen als gefährlich erachteten Radikalisierungen, was das Spektrum der von ihnen analysierten Publikationen deutlich eingrenzt.

Im Februar 2016 machte das Titelblatt eines polnischen Wochenmagazins nicht nur in der internationalen Presse, sondern auch in den sozialen Medien die Runde. Zu sehen war eine hellhaarige, in die Fahne der Europäischen Union gewickelte Frau, die sich vor Attacken dunkelhäutiger Männerhände wehrte. Die Bildunterschrift lautete: »Islamische Vergewaltigung Europas«.¹ In den Medien wie der *Washington Post* oder *The Independent* wurde das Titelblatt als schockierend bezeichnet; auch wurde darauf hingewiesen, dass es Angst vor syrischen Immigranten säe, indem Assoziationen hervorgerufen würden, die charakteristisch für die rassistische Darstellung der Juden oder dunkelhäutiger Menschen vor einigen Jahrzehnten waren.²

Das rechte Magazin *wSieci*, von dem hier die Rede ist, ist die viertgrößte gesellschaftspolitische Wochenzeitung auf dem polnischen Markt, nach dem katholischen *Gość Niedzielny* und den linksliberalen *Newsweek Polska* und *Polityka*.³ Ganz offensichtlich stellt das Titelblatt vom Februar 2016 einen passenden Ausgangspunkt für die Analyse der Radikalisierung der Sprache in der öffentlichen Debatte in Polen dar.

In diesem Artikel präsentieren wir die Analyseergebnisse des *Observatorium der Öffentlichen Debatte* (*Observatorium Debaty Publicznej – ODP*) der Stiftung *Liberalne Kultury* (*Kultury Liberalnej*), die anhand der Untersuchung ausgewählter polnischer Presse- und Internetpublikationen ermittelt wurden.⁴ Außer dem bereits erwähnten *wSieci*, führt das *Observatorium* auch ein Monitoring polnischer Tageszeitungen durch, und zwar der linksliberalen *Gazeta Wyborcza*, der Mitte-Rechts-Zeitung *Rzeczpospolita* und der Boulevardzeitung *Fakt* (vergleichbar mit der deutschen *Bild*). Außerdem werden die genannten Wochenmagazine *Polityka*, *Newsweek Polska*, *wSieci* sowie das rechte Magazin *Do Rzeczy* beobachtet. Bei den im Internet vertretenen Medien werden die Inhalte von vier informierend-publizistischen Portalen untersucht: des linken *Dziennik Opinii* (*de facto* die Internetausgabe der Vierteljahresschrift *Krytyka Polityczna*), des liberalen *NaTemat.pl* sowie zweier eindeutig rechter Portale – *Frona.pl* (konservativ-katholisch und gleichzeitig boulevardblattmäßig wegen der sensationseisenden Schlagzeilen und der Verwendung von Umgangssprache) und *Niezalezna.pl*, die online-Schwester der Papierversion der rechten *Gazeta Polska*, die ähnlich wie *wSieci* die Regierung von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) unterstützt. Diese Medien wurden nicht nur in Hinblick auf ihre Popularität und Identifizierbarkeit ausgewählt,⁵ sondern auch

1 Titelblatt von »wSieci« nr 7/2016, <<http://www.wsieci.pl/numer-7-pmagazine-224.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

2 <<http://www.independent.co.uk/news/world/europe/polish-magazine-causes-outrage-with-cover-showing-white-woman-being-sexually-attacked-by-migrants-a6879551.html>>. Abgerufen am 7.03.2016.

3 Nach Daten des Portals Wirtualne Media wurden im Jahr 2015 76.134 Exemplare von »wSieci« verkauft. Zum Vergleich: »Gość Niedzielny« 134.025 Exemplare, »Newsweek Polska« 120.576 Exemplare, »Polityka« 118.949 Exemplare, »Do Rzeczy« 55.265 Exemplare. Quelle: <<http://www.wirtualnemedial.pl/artykul/sprzedaz-tygodnikow-w-2015-roku-tele-tydzien-liderem-w-czo-lowce-magazyny-people-top-54>>. Abgerufen am 6.03.2016.

4 Die Seite des Observatorium Debaty Publicznej der Kultura Liberalna sowie das kostenlos zugängliche Archiv der Analysen ist zu finden unter: <<http://observatorium.kulturaliberalna.pl/>>.

5 Die Popularität der Internetmedien teilt die Anzahl der »gefällt mir« auf Facebook mit: *niezalezna.pl* – 203.242, *natemat.pl* 183.560, *fronda.pl* – 81.002, »Dziennik Opinii« 25.246 (»Krytyka Polityczna« – 66.910). Abgerufen am 7.03.2016.

mit dem Ziel, die Repräsentativität der Untersuchung mit links, Mitte und rechts annähernd zu gewährleisten.

Das Monitoring, das vom *Observatorium* durchgeführt wird, konzentriert sich auf sieben thematische Bereiche, in denen es, unseren Untersuchungen zufolge, am häufigsten zu Radikalisierungen kommt. Dies sind 1. Gender, Rechte der Minderheiten, Familie, Veränderungen des Lebensstils; 2. die Flugzeugkatastrophe von Smolensk und ihre Konsequenzen; 3. Geschichte, Geschichtspolitik, Formen des Patriotismus, Nationalfeiertage; 4. Religion, das Verhältnis zur katholischen Kirche und den Katholiken, das Verhältnis zu Vertretern anderer Religionen, das Verhältnis zu Nichtgläubigen und Atheisten; 5. Arbeit, Wirtschaft, das Bild der Gewerkschaften und der Arbeitgeber; 6. Fremde, andere, das Verhältnis zu Immigranten und nationalen Minderheiten, das Verhältnis zu Flüchtlingen und 7. Politik und Medien, die Rivalität zwischen Milieus mit unterschiedlichen Weltanschauungen.

Entsprechend der Methodologie des *Observatorium* drücken sich Radikalisierungen nicht allein in Hasssprache aus. Dazugezählt werden außerdem beleidigende und insinuirende Äußerungen, die den guten Namen der betreffenden Person oder sozialen Gruppe verleumdern, sowie Radikalisierungen auf der Ebene von Schlagwörtern, Titeln und Presseillustrationen, die allerdings keine Deckung in den dargestellten Inhalten finden. Dieses Vorgehen dient dazu, die Aufmerksamkeit des Lesers zu erlangen, weshalb provokante Titel oder Bilder meistens auf die Titelseite gesetzt werden, wie im oben angeführten Beispiel.

Im Folgenden stellen wir die Untersuchung des Themas »europäische Flüchtlingskrise« in der Zeit zwischen September 2015 und Februar 2016 durch das *Observatorium* vor. Hervorzuheben ist allerdings, dass unsere Analyse nicht das Ziel verfolgt, das Gesamtbild der polnischen öffentlichen Debatte in den betreffenden Monaten vorzustellen. In diesem Fall hätten wir auch die Gesamtheit der rationalen, fachlich fundierten und gut argumentierten Äußerungen untersuchen müssen. Hier konzentrieren wir uns jedoch ausschließlich auf die von uns als gefährlich erachteten Radikalisierungen, was das Spektrum der von uns analysierten Publikationen deutlich verengt.

Charakteristik der polnischen öffentlichen Debatte

Polen ist im Gegensatz zu Deutschland ein Land mit einer charakteristisch konfrontativen öffentlichen Debatte. Nach 1989 wurden viele Verlautbarungen außerordentlich markant formuliert, was im Kontrast zum relativ ruhig verlaufenden politischen Prozess stand. In dieser Zeit zeichneten sich zwischen den publizis-

tischen Opponenten zwei Trennungslinien besonders deutlich ab.

Die erste lässt sich mit der Formulierung »wir und sie« bezeichnen, die noch aus der Zeit der Volksrepublik Polen stammt und die Konfrontation zwischen der Opposition und den Machthabern bezeichnete. Die Aufspaltung zwischen den ehemaligen Dissidenten bzw. den Anhängern der *Solidarność* und den Repräsentanten der ehemaligen kommunistischen Macht überdauerte in hohem Maße die Zäsur von 1989; die Soziologin Mirosława Grabowska beschrieb sie als »postkommunistische Einteilung«⁶ in post-*Solidarność*-Parteien einerseits und Erben der in der Volksrepublik regierenden *Verinigten Polnischen Arbeiterpartei (PZPR)* andererseits. Unter den Bedingungen des Aufbaus der Parteiendemokratie, in der Koalitionen und Kompromisse geschlossen werden müssen, begann sich diese Einteilung allerdings zu verwischen. Dieser Prozess wurde von der steigenden Mobilität der Gesellschaft, dem Wechsel der Generationen und Modernisierungsprozessen, auch infolge des Einflusses der Europäischen Union auf Polen, verstärkt.

Analog zur »postkommunistischen Einteilung« wurde anschließend von der »post-*Solidarność*-Einteilung« gesprochen. Diese bezeichnete eine weltanschauliche Einteilung von eher national-katholisch eingestellten Personen auf der einen und eher liberal eingestellten Personen auf der anderen Seite. Erstere charakterisieren u. a. die Forderung nach einer stärkeren Präsenz der Religion im öffentlichen Leben, eine konservative Einstellung in Fragen des Lebensstils, die Anknüpfung an polnische nationale Traditionen, die Kritik an der Europäisierung der nationalen Identität sowie die stärkere Akzentuierung der Souveränität Polens auf der internationalen Bühne. Letztere sprechen sich entschieden für die Trennung von Kirche und Staat und eine liberalere Einstellung zur Familie aus und unterstreichen die Bedeutung der Europäischen Union für eine offene und demokratische Modernisierung Polens. In institutioneller Hinsicht werden diese beiden Tendenzen mit den beiden derzeit größten Parteien, die in der *Solidarność* wurzeln, identifiziert, das sind *Recht und Gerechtigkeit* und die *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)*.

Das Aufeinandertreffen dieser zwei Weltanschauungen fand so sehr bar aller Nuancen statt, dass fast in Kriegsrhetorik von zwei »Lagern« und zwei »miteinander verfeindeten Polen« (im Sinne von: Land Polen) gesprochen wurde. Dabei hängten sich beide Seiten gern etwas an. Beispielsweise ist ein eher konservatives und katholisches Polen in den Augen der Liberalen eines der »Para-

6 Mirosława Grabowska, *Podział postkomunistyczny. Społeczne podstawy polityki w Polsce po 1989 r.*, Wydawnictwo Naukowe Scholar, Warszawa 2004.

noiker« und »autoritärer Persönlichkeiten«. Die liberale Seite dagegen besteht nach Meinung ihrer Widersacher aus den »Ausverkäufern Polens« und »seelenlosen Neoliberalen«.

Ein zusätzlicher Katalysator der Einteilung im polnischen Diskurs war die Flugzeugkatastrophe von Smolensk, bei der im April 2010 der damalige Präsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau sowie 94 hochrangige Vertreter des politischen und öffentlichen Lebens Polens tödlich verunglückt sind. Die Einstellung zu dieser Katastrophe und ihre Erklärung – entweder gestützt auf die Ergebnisse der sogenannten Miller-Kommission, die von der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk einberufen worden war, oder gestützt auf Verschwörungstheorien und die These eines russischen Anschlags und des Verrats durch die damalige *PO*-Regierung – wurden zur Grundlage für die Definition der parteiischen und politischen Zugehörigkeit in Polen.

Radikalisierungen in der polnischen öffentlichen Debatte in den Jahren 2014 bis 2016

In den Jahren 2014 bis 2016 ließ sich in Polen eine stärker werdende Polarisierung und Verfeindung zwischen den beiden Lagern beobachten. Dazu kam es aus mehreren Gründen, vor allem gab es in den Jahren 2014/15 eine Häufung politischer und symbolischer Ereignisse. Am 16. November 2014 fanden im ganzen Land die Wahlen auf der Ebene der Selbstverwaltung, am 10. und 24. Mai 2015 fanden die Präsidentenwahlen und am 25. Oktober 2015 die Parlamentswahlen statt. Hinzu kam der fünfte Jahrestag der Flugzeugkatastrophe von Smolensk am 10. April 2015. Alle diese Daten und Anlässe hatten zur Folge, dass die politischen Fragen und Probleme im Kontext des stattfindenden Wahlkampfes diskutiert wurden; in einer anderen Situation hätten sie womöglich nicht solch heftigen Streit hervorgerufen. Ein herausragendes Beispiel für ein Thema, das direkt vor den letzten Wahlen aufkam und besonders viele Kontroversen hervorrief, ist die sogenannte europäische Flüchtlingskrise – was jedoch auch nicht bedeutet, dass die Art und Weise des Diskurses eine direkte Ableitung aus dem polnischen Wahlkalender ist.

Radikalisierungen und die europäische Flüchtlingskrise

Die aktuellen Radikalisierungen in den polnischen Medien, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise 2015/16 stehen, lassen sich in fünf Kategorien einordnen.

1. Die Strömung der Zivilisationskritik

In rechten Printmedien und *online*-Publikationen wurde der Andrang der Migranten auf Europa als islamische

Invasion nach Europa dargestellt. Andere verwendete Begriffe waren: Einfall, Eroberung, Durchdringung bzw. wurden die Flüchtlinge als »Armee« bezeichnet.⁷ In den untersuchten Printmedien tauchten auch Analogien zu den persischen Überfällen auf das antike Griechenland und sogar zum Überfall der Roten Armee auf den Westen im Jahr 1920 [»Wunder an der Weichsel« – die Red.] auf.⁸ Wichtig scheint hier der Hinweis, dass es sich um Worte aus dem Feld der militärischen Terminologie handelt – manchmal wurde direkt von »Krieg« geschrieben –, die Gewalt konnotieren sowie einen durchdachten Plan der Bekenner des Islam, auf europäischem Territorium stärker zu werden, wider den Willen der bisherigen Einwohner.

Diese Botschaft wurde in den von uns beobachteten Publikationen mit der Kritik am heutigen Europa verknüpft, das als Gebiet beschrieben wurde, das dem gewaltigen Einfluss der linken Ideologie unterliegt, die zur Zerstörung der zivilisatorischen Fundamente des Kontinents führen wird oder bereits geführt hat, das heißt der christlichen Religion, der Familie und der Tradition. Geschrieben wurde von einer »Links-Gender-Verblödung und Depravation der westlichen Gesellschaften«⁹ und teilweise auch vom Plan der politischen Linken, die Nationen und das christliche Europa zu zerstören, dank »der Strategie, den Kontinent mit der größten Zahl von »Flüchtlingen« zu sättigen.«¹⁰ Europa, das seit Jahrzehnten von der Linken gesteuert werde, ist laut der analysierten Publikationen demoralisiert, schwach, feige und, von der politischen Korrektheit gefesselt, »ideologisch erstickt.«¹¹ Seine Bürger wissen nicht, wie sie sich vor der Bedrohung schützen können.

Die Autoren, die sich in die Strömung der Zivilisationskritik einschreiben, warnen vor dem Ende Europas und seiner Zivilisation (bei dieser Gelegenheit wird vom »Selbstmord« Europas oder »Euthanasie« gespro-

7 <<http://www.fronda.pl/a/pilka-dla-frondy,64788.html>>, <<http://www.fronda.pl/a/czarnecki-problem-ue-blad-kopacz,55833.html>>, <<http://www.fronda.pl/a/pilka-bronmy-europe-przed-islamskim-potopem,56581.htm>>, <<http://www.fronda.pl/a/na-polske-trwa-najazd-setki-migrantow-co-dnia-jada-posocjal,57039.html>>, <<http://www.fronda.pl/a/najazd-na-austrie-i-niemcy-trwa-tylko-dzis-cale-tysiace-na-granicy,56693.html>>. Abgerufen am 5.03.2016. Tomasz Łysiak, »Głowa w miodzie«, »wSieci«, nr 39/2015, 28 IX – 4 X 2015, S. 65–67.

8 Marzena Nykiel, *Politycy fundują nam Polskę w turbanie*, »wSieci«, nr 37/2015, 14–20 września, S. 18–21.

9 <<http://niezalezna.pl/75765-idzcie-i-rozmnazajcie-sie>>. Abgerufen am 5.03.2016.

10 <<http://www.fronda.pl/a/gadowski-czy-uda-sie-przerobic-wyznawcow-allaha-w-wyborcow-nowej-lewicy,64982.html>>. Abgerufen am 5.03.2016. <<http://www.fronda.pl/a/najazd-na-austrie-i-niemcy-trwa-tylko-dzis-cale-tysiace-na-granicy,56693.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

11 Paweł Lisicki, *Europa w amoku*, »Do Rzeczy«, nr 38, 14–20 września, S. 3.

chen), das nicht nur mit den Händen der Moslems, sondern auch ihrer Gebärmütter (sic!) vollbracht wird. Der katholische Publizist Tomasz Terlikowski¹² warnte, dass ein wesentlicher Faktor dieses Krieges die Demographie und der Rückgang der Geburtenrate der Europäer sei, was insbesondere im Vergleich zur Gebärfreudigkeit der Moslems beunruhigend sei. Der Publizist ruft folglich dazu auf: »Wenn wir die Angelegenheit nicht in unsere eigenen Hände nehmen (und nicht nur in diese), dann werden uns die Moslems besiegen. Und gar nicht mal mit Hilfe des Terrorismus, sondern mit Hilfe der Gebärmütter ihrer Frauen.«¹³ Ein anderer Publizist schrieb von einer »demographischen Bombe« des Islamischen Staates (IS), den er mit dem Islam als solchem identifizierte.¹⁴ Aus dieser Perspektive steht vor unserem Kontinent – wenn er nicht zur Besinnung kommt – die Wahl zwischen »Alterung und Aussterben des metrosexuellen Europa« und »revolutionärem Schlachthof«.¹⁵

2. Die Strömung der Kulturkritik

Im Verständnis der Kulturkritik, die in den polnischen rechten Medien geäußert wird, wird die kommende Invasion nach Europa von islamischen/asiatischen Horden/Wilden/Pest vollzogen.¹⁶ In den Vordergrund werden Vergewaltigungen gerückt, die symbolisch an Europa und real an ihren Einwohnerinnen vollzogen werden. Charakteristisch sind hier Generalisierungen und Formulierungen von Schlussfolgerungen über die gesamte, millionenstarke, ausdifferenzierte Gemeinschaft der Muslime auf der Grundlage einzelner Ereignisse (Verbrechen oder Straftaten) oder größerer Prozesse – bei letzteren beispielsweise werden weitere Faktoren wie Armut ignoriert. *Fronda* hat in diesem Zusammenhang kundgetan: »Mehr Moslems bedeutet mehr Vergewaltigungen. Wer das nicht sieht, ist blind oder dumm«¹⁷

12 Chefredakteur von *Fronda.pl*, der für Personen mit linken oder liberalen Ansichten zum Archetyp radikal-katholischer Einstellungen wurde.

13 <<http://www.fronda.pl/a/terlikowski-papiez-niezwykle-mocno-o-tym-ze-europejczyzy-sami-prosza-sie-o-smierc,56948.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

14 Witold Gadowski, »Islam ma dziś twarz kalifatu«, »*WiSyci*«, nr 38/2015, 21–27 IX, S. 77–79.

15 <<http://niezalezna.pl/75765-idzcie-i-rozmnazajcie-sie>>. Abgerufen am 5.03.2016.

16 Die Formulierung »islamische Horde« taucht regelmäßig seit Beginn der Untersuchungen auf. Ein Beispiel für die letztgenannte »biologische« Bezeichnung ist der Artikel unter: <<http://niezalezna.pl/74998-organiczna-niezdolnosc-do-wyciaganian-wnioskow>>. Abgerufen am 5.03.2016. Im selben Portal finden sich die Bezeichnungen »Krebs/Tumor des islamischer Tumor«: <<http://niezalezna.pl/71755-rak-islamu-jest-u-waszych-drzwi>>. Abgerufen am 5.03.2016.

17 <<http://www.fronda.pl/a/wiecej-muzulmanow-to-wiecej-gwal-tow-takie-sa-fakty,56679.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

oder »der Islam in der arabischen Ausgabe verkörpert alles, wogegen zivilisierte Menschen kämpfen«.¹⁸

Die Hauptkritik richtet sich auf den Multikulturalismus, der als linke Erfindung dargestellt wird und als zur Niederlage verurteilter Versuch, Gruppen zu integrieren, deren friedliches Zusammenleben nicht möglich ist. Der Publizist von *WiSyci*, Jan Pietrzak,¹⁹ verglich dessen Schädlichkeit mit den Ergebnissen des Kommunismus, während Marcin Wolski von *Gazeta Polska* bzw. *Niezalezna.pl* seine Zurückweisung und Verbot forderte.²⁰ Barbara Stanisławczyk, vor kurzem von der *PiS* eingesetzte Vorsitzende des *Polnischen Radio*, beurteilte die Flüchtlingswelle als »finale Etappe des Multikulturalismus«, als »weitere Etappe der Zerstörung der christlichen Zivilisation«, die zu einem »weichen Totalitarismus« führen werde.²¹

Zu einer Intensivierung dieser Narration trugen die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten bei. Ein Publizist von *WiSyci* schreibt daher über Deutschland, das »von Moslems, die sich einen Spaß daraus machen, die weiblichen Einwohner zu vergewaltigen«,²² überflutet ist. *Fronda* setzt die Narration der Invasion fort und weist darauf hin, dass gerade Vergewaltigungen dabei eine wichtige Waffe darstellen, wie in Stammeskriegen »in denen es um das Aussäen der eigenen Samen, die Erniedrigung von Frauen und Männern, die Zerstörung des gesellschaftlichen Netzes des Gegners geht. Das ist kein Angriff auf Einzelpersonen, sondern auf die ganze Gemeinschaft«.²³

3. Die Thematik des islamistischen Terrorismus

Relativ wenig deutlich zeigt sich in den analysierten Medien das Thema islamistischer Terrorismus, was nicht bedeutet, dass er vollkommen abwesend ist. Diese Narration wird weniger mit Hilfe der verwendeten Sprache aufgebaut als vielmehr mittels Frequenz. Charakteristisch für *Fronda*, etwas weniger für *Niezalezna.pl*, ist die Veröffentlichung von einer großen Anzahl von Meldungen, die über die Bedrohung alarmieren, dass

18 <<http://www.fronda.pl/a/jaroslaw-kaczynski-przepieknie-obnazy-zaczadzenie-polskiej-lewicy,57062.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

19 Jan Pietrzak, »Szkoda Europy«, »*WiSyci*«, nr 49/2015, 7–13 grudnia 2015, S. 14.

20 <<http://niezalezna.pl/73067-czerwony-alarm>>. Abgerufen am 5.03.2016.

21 Barbara Stanisławczyk w rozmowie z Jackiem i Michałem Karnowskimi, »Komu przeszkadzają narody«, »*WiSyci*«, nr 47/2015, 23–29 listopada 2015, S. 48–50.

22 Łukasz Warzecha, »Ale cyrk«, »*WiSyci*«, nr 4/2016, 25–31 stycznia 2016, S. 20.

23 <<http://www.fronda.pl/a/kolonia-rok-pozniej,63576.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

zusammen mit den Flüchtlingsmassen Gesandte des Islamischen Staates in Europa eindringen. In einem der Artikel wurde die syrische Nation *in toto* als »Nation der Anhänger des Terrorismus«²⁴ bezeichnet. In einer anderen Meldung ist die Information zu lesen, dass die Flüchtlinge auf ihren Telefonen Fotos von Exekutionen gespeichert hatten, die der Islamische Staat durchgeführt hatte, allerdings wurde nicht mitgeteilt, wie viele Personen dies betraf.²⁵ Über die von Moslems dominierten Viertel europäischer Städte als »Brutstätte der Terroristen« schrieb wiederum ein Publizist von *wSieci*, wobei er die tatsächlich damit verbundenen Probleme vereinfachte.²⁶ Eine zeitweilige Intensivierung der Botschaft vom Terrorismus trat direkt nach den Anschlägen in Paris am 13. November 2015 auf. *Fronda* warnte, dass »wir in Polen auch Anhänger Allahs haben, die uns ums Leben bringen wollen!«²⁷ Witold Waszczykowski, der zwei Tage später in das Amt des polnischen Außenministers berufen wurde, stellte fest, dass er nach den Anschlägen »Diskussionen einer durchgedrehten Linken«²⁸ gehört habe. Das Portal *Niezalezna.pl* wiederum betitelte die erste Meldung über das tragische Ereignis »Die Terroristen »bereicherten kulturell« Paris«,²⁹ was von einer gewissen Schadenfreude zeugt.

4. Die soziale Thematik

Noch weniger präsent, aber doch eine regelmäßig auftauchende Kategorie der Radikalisierungen sind Formulierungen, die zur sozialen Thematik gehören. Hier findet eine Verknüpfung der Kategorien Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten statt. In dieser Perspektive sei eines der wichtigsten Ziele derjenigen, die herkommen, sich den Zugang zu den westeuropäischen Sozialhilfen zu sichern. Dies verbindet sich mit der Überzeugung, dass alle, die aus den Maghrebstaaten oder aus dem Nahen Osten kommen, faul sind und bei den schwer arbeitenden Europäern schmarotzen wollen. Die eindeutigste Bezeichnung ist hier »sozialer Dschihad«.

had«.³⁰ Der angebliche Drang zur Sozialhilfe kann mit anderen Zielen kombiniert werden, was beispielsweise in einem Text des bekannten rechten Bloggers Matka Kurka (Piotr Wielgucki) deutlich wird, der regelmäßig auch in *Fronda* veröffentlicht. Dieser schrieb »der asiatische Mob strömt nach Europa mit einem einzigen Ziel – sich auf die Sozialhilfe stürzen und seinen Fanatismus aufzwingen.«³¹

5. Die politische Thematik

Die hier an letzter Stelle besprochene, aber sehr präsent und ausdifferenzierte Radikalisierungskategorie wird von Botschaften gebildet, in denen sich die Flüchtlingsfrage mit der Politik der europäischen Institutionen sowie der polnischen Behörden verflocht. Diese Narration geht einher mit der Demaskierung der verborgenen Absichten Deutschlands, das, nicht genug damit, dass es die Kosten für die eigenen Fehlentscheidungen (Öffnung der Grenzen für die Flüchtlinge) auf die anderen Staaten abwälzen will, auch noch eine imperialistische Haltung anderen europäischen Ländern gegenüber einnimmt. In dieser Narration klingen Vorwürfe mit, dass sich die Regierung von Angela Merkel in das traditionelle deutsche Streben nach Expansion und Dominanz einschreibt, das einst mit Hilfe des Nationalsozialismus zum Ausdruck kam und heute mit der Politik des Multikulturalismus.³²

Das Einverständnis der letzten Regierung unter Ministerpräsidentin Ewa Kopacz, zwischen den europäischen Ländern eine Flüchtlingsquote zu vereinbaren, erscheint in diesem Kontext nicht nur als Freigabe des Weges an die Weichsel für eine »islamische Horde«, sondern auch als Vergewaltigung der polnischen Souveränität und Unterordnung unter die Anordnungen (das »Diktat«) der EU und Berlins. Für den *PiS*-Politiker Jarosław Zieliński, gegenwärtig stellvertretender Innenminister, dauert die Unterwürfigkeit gegenüber Deutschland bereits seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die *PO* und war Donald Tusk als Ministerpräsident nichts anderes als ein »deutscher Diener«.³³ Das Internetportal *Niezalezna.pl* bezeichnete die Unterordnung unter das »Diktat des Westens« als »Kapi-

24 <<http://www.fronda.pl/a/na-kazde-10-000-syryjczykow-1300-popiera-isis,62631.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

25 <<http://www.fronda.pl/a/ci-lagodni-imigranci-maja-w-iphonach-zdjecia-tortur-i-egzekucji,62351.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

26 Wojciech Wencel, »Domowa robota«, »wSieci«, nr 47/2015, 23–29 listopada 2015, S. 66.

27 <<http://www.fronda.pl/a/uwaga-w-polsce-tez-mamy-wyznacow-allaha-ktorzy-chca-nas-zgladzic,60458.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

28 <<http://niezalezna.pl/72909-mocne-slowa-waszczykowskiego-po-zamachach-juz-slysze-dyskusje-tego-oszalalego-lewactwa>>. Abgerufen am 5.03.2016.

29 <<http://niezalezna.pl/72901-terrorysci-ubogacili-kulturowo-paryz-strzelanina-bomby-zakladnicy-wiele-smiertelnych-ofiar>>. Abgerufen am 5.03.2016.

30 <<http://niezalezna.pl/71015-czeka-nas-socjalny-dzihad-wielki-marsz-po-zasilk>>; <<http://www.fronda.pl/a/prosze-panstwa-czeka-nas-socjalny-dzihad,57116.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

31 <<http://www.fronda.pl/a/matka-kurka-genialne-wystapienie-kaczynskiego-mowil-jak-polak-do-polaka,57025.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

32 <<http://www.fronda.pl/a/serwilistyczna-unia-nadawcow-poucza-polske-w-sprawach-wolnosci-mediow,64031.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

33 <<http://www.fronda.pl/a/zielinski-dla-frondapl-twardosc-kopacz-to-pozory-ten-rzad-sluzyl-niemcom,56921.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

tulation«,³⁴ und *Fronda* stellte das Datum des 17. September 2015, als die Entscheidung über eine Aufteilung der Flüchtlinge auf europäische Länder fiel, neben den 17. September 1939, als die Rote Armee nach Polen einmarschierte, das sich gegen die Wehrmacht verteidigte.³⁵ Etliche Kommentare rief das Titelblatt des Wochenmagazins *wSieci* (Nr. 38/2015) hervor, auf dem das Bild von Ministerpräsidentin Ewa Kopacz, in Gewand und Kopftuch gekleidet und mit einem Sprengstoffgürtel ausgestattet, zu sehen war, mit dem Titel: »Ewa Kopacz brockt uns auf Befehl Berlins die Hölle ein.«³⁶ Die Verbindung von islamischer Invasion und antideutschen Ressentiments schlägt sich auch auf einem anderen Titelblatt dieses Magazins nieder. Zu sehen sind Moslems, die einen polnischen Schlagbaum niederreißen, was an die zur Bildikone gewordene gestellte Aufnahme der Wehrmachtsoldaten von 1939 in eben dieser Haltung erinnert.³⁷

Die polnische Islamophobie als Imitation des Westens

Die angeführten Beispiele für Radikalisierungserscheinungen in polnischen rechten Magazinen lassen sich in Anbetracht ihrer Eindeutigkeit leicht in die in der letzten Zeit verbreitete Argumentation einfügen, dass in Polen ähnlich wie in anderen ostmitteleuropäischen Ländern zurzeit eine populistische, illiberale, auch nationalistische Wende stattfindet. Allerdings sind wir der Meinung, dass diese Interpretation zu schlicht ist und dass die dargestellten Radikalisierungen in den Kontext der umfassenderen gesellschaftlich-politischen Krise in ganz Europa eingeordnet werden müssen.

Aus polnischer Perspektive ist von wesentlicher Bedeutung, dass im Falle Polens die hier besprochenen Aussagen gegenüber einer ausschließlich virtuellen Anwesenheit von Flüchtlingen auftreten. Die Anzahl, die auf der Ebene der Europäischen Union festgelegt wurde, ist noch nicht in Polen eingetroffen und Flüchtlinge aus Syrien oder auch andere Flüchtlinge oder Migranten wählen Polen eher nicht als Ziel oder als Durchgangsland, beispielsweise auf dem Weg nach Deutschland, aus. Daher lässt sich die Hypothese aufstellen, dass die radikalen Aussagen der Publizisten vor allem ein Wortgefecht mit einer bestimmten Vorstellung von der Europäischen Union oder dem Westen zum Ziel

haben, insbesondere mit Deutschland, als Ort, der – im Vergleich zu den polnischen Werten – für fremde Werte wirbt und außerdem repressiv gegenüber den Ländern auftritt, die bevorzugen, dass ihre Gesellschaften eine gewisse Homogenität bewahren.³⁸ Hinzuweisen ist hier auf die wesentliche politische Rolle dieser Argumentation, die sich sicherlich nicht ohne Grund während des Wahlkampfes in Polen herausgebildet hat.

Dies bedeutet aber, dass die Radikalisierungen in Hinblick auf die Flüchtlingsfrage letztendlich zu Konsequenzen wie beispielsweise Stigmatisierung der Syrer führen können, wenn Ende 2016 die ersten nach Polen kommen sollten. Es steht zu vermuten, dass Aussagen wie die oben angeführten dazu beitragen, dass sich die Intoleranz gegenüber dieser Gruppe verstärkt und eine Welle moralischer Panik hervorruft, sobald es zu den ersten Schwierigkeiten bei der Integration kommt.

Allerdings sollten die Ergebnisse der Untersuchung auch in den größeren Kontext der Veränderungen in der Politik nicht nur in Ostmitteleuropa, sondern auch in Westeuropa eingeordnet werden. Erstens ist hier das Phänomen anzuführen, was mit Mabel Berezin als Normalisierung der Sprache der extremen Rechten im Mainstream der Politik bezeichnet werden kann.³⁹ Demnach werden fremdenfeindliche Äußerungen über Minderheiten auch unter Politikern populär, die aus dem gemäßigten politischen Milieu stammen. Dies betrifft sowohl die lokale als auch die übergeordneten Ebenen der Politik und Berezin führt insbesondere Aussagen von westeuropäischen Politikern an, u. a. Äußerungen zum Thema Multikulturalismus von Nicolas Sarkozy, David Cameron und Angela Merkel.

Zweitens scheinen sich die hier analysierten Radikalisierungen in die Entwicklung der europäischen Parteien der extremen Rechten und der ihnen nahestehenden Presse- und Internetpublikationen einzufügen, was Matti Bunzl am Beispiel der *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)* dargestellt hat.⁴⁰ Auch Bunzl stellte fest, dass die mit jedem Jahr stärker werdenden islamophoben Einstellungen der *FPÖ* und des ihr nahestehenden Portals *Unzensuriert.at* eng mit der europaskeptischen Haltung dieser Partei verbunden waren. Ein weiteres Beispiel liefert die Sprache der extremen Rechten in Frankreich – Aussagen von Marine Le Pen über

34 <<http://niezalezna.pl/70730-kopacz-juz-skapitulowala-ws-uchodzcow-wojewoda-mazowiecki-gotowy-do-ich-przyjecia>>. Abgerufen am 5.03.2016.

35 <<http://www.fronda.pl/a/17-wrzesnia-2015-bronimy-zagrozonej-suwerennosci-polski,57057.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

36 <<http://www.wsieci.pl/numer-38-pmagazine-204.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

37 <<http://www.wsieci.pl/numer-37-pmagazine-203.html>>. Abgerufen am 5.03.2016.

38 Dazu: Jarosław Kuisz, Das Ende eines Mythos des Westens. Polen, Mittelosteuropa & die Perspektive der PiS, *Osteuropa*, 66. Jahrgang /Heft 1–2/ 2016 (im Druck).

39 Mabel Berezin, »The Normalization of the Right in Post-Security Europe«, In: Armin Schäfer, Wolfgang Streeck [Eds.], *Politics in the Age of Austerity*, Polity Press, Cambridge 2013, S. 239–261.

40 Matti Bunzl, »Between Anti-Semitism and Islamophobia: Some Thoughts on the New Europe«, *American Ethnologist*, Vol. 32, No. 4 (Nov. 2005), pp. 499–508.

»bakterielle Immigration« sehen den oben besprochenen sehr ähnlich.

Aus diesen beiden Gründen müssen die analysierten Radikalisierungen als paradoxes Beispiel für die Imitation der Politik der westeuropäischen Staaten betrachtet werden. Wenn es so ist und sogar, wenn diese Aktivitäten vor allem dazu dienen sollen, einen Wahlkampf

zu führen, rufen sie ehrliche Besorgnis hervor, angesichts ihrer Wirkung, Vorurteile und soziale Konflikte in einer Zeit zu verschärfen, in der die Europäische Union wohl die ernsteste demographische Krise seit ihrer Gründung erlebt.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Die Seite des *Obserwatorium Debaty Publicznej* der Stiftung *Kultura Liberalna* sowie das kostenlos zugängliche Archiv der Analysen ist zu finden unter: <http://obserwatorium.kulturaliberalna.pl/>.

Über die Autoren

Lukasz Bertram ist Redaktionsmitglied von *Kultura Liberalna*, Mitglied des Observatorium der Öffentlichen Debatte (*Obserwatorium Debaty Publicznej – ODP*) der *Kultura Liberalna*, Mitarbeiter des *Ośrodek KARTA* (Warschau) und promoviert am Institut für Soziologie der Universität Warschau

Dr. **Karolina Wigura**, Soziologin und Ideenhistorikerin, ist Leiterin des Observatorium der Öffentlichen Debatte (*Obserwatorium Debaty Publicznej – ODP*) der *Kultura Liberalna* und Dozentin am Institut für Soziologie der Universität Warschau sowie Fellow mit dem *Programme on Modern Poland* am St Antony's College, Oxford University. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind das soziale Gedächtnis, die Ethik der Erinnerung, Emotionen in der Politik und die Radikalisierung der politischen Sprache.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Aufnahme von und Einstellungen zu Flüchtlingen

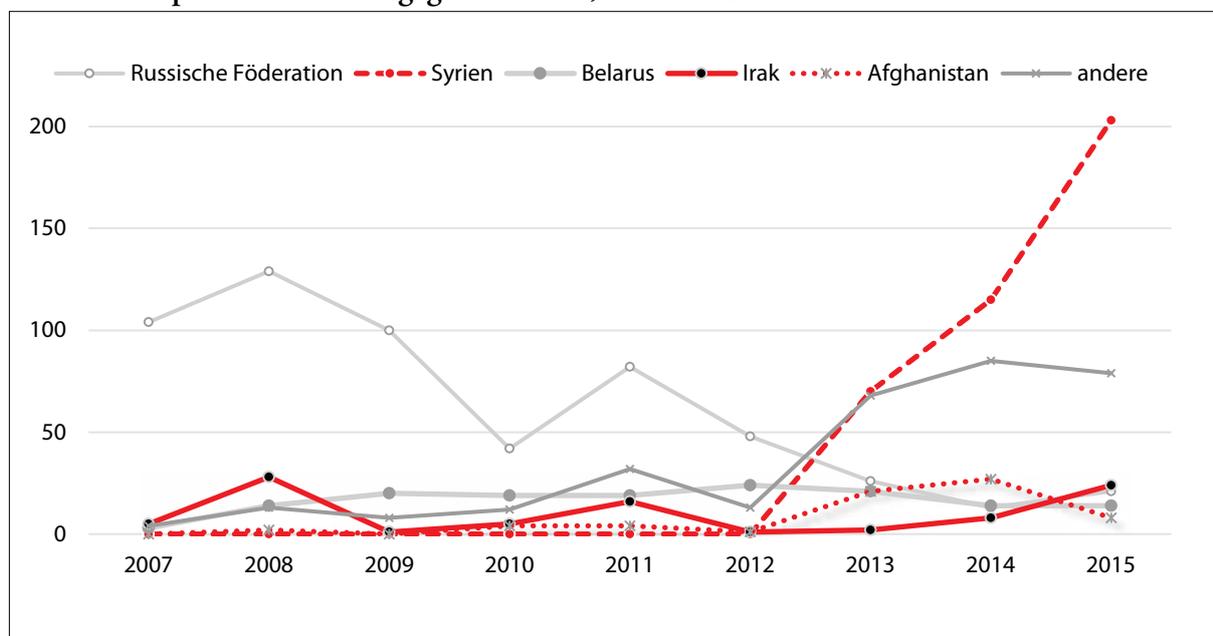
Tabelle 1: Die Anzahl der Personen, die in der Republik Polen einen Antrag auf Anerkennung des Flüchtlingsstatus gestellt haben, 2007–2015

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Russische Föderation	9.239	7.754	5.726	4.795	4.305	6.084	12.849	4.112	7.922
Georgien	31	71	4.214	1.082	1.735	3.234	1.245	726	392
Ukraine	55	40	36	45	67	74	46	2.318	2.295
Armenien	43	50	147	107	216	413	206	135	195
Syrien	6	10	7	8	12	107	255	114	295
andere	674	586	457	497	552	841	652	790	1.142

Stand: 31.12.2105

Quelle: *Urząd do Spraw Cudzoziemców [Ausländerbehörde]: TOP 5: Ochrona Międzynarodowa [Internationaler Schutz]*. <<http://udsc.gov.pl/wp-content/uploads/2016/01/top5-ochrona1.pdf>> (abgerufen am 11.03.2016).

Grafik 1: Die Anzahl der Personen, deren Antrag auf Anerkennung des Flüchtlingsstatus in der Republik Polen stattgegeben wurde, 2007–2015



Stand: 31.12.2105

Quelle: *Urząd do Spraw Cudzoziemców [Ausländerbehörde]: TOP 5: Ochrona Międzynarodowa [Internationaler Schutz]*. <<http://udsc.gov.pl/wp-content/uploads/2016/01/top5-ochrona1.pdf>> (abgerufen am 11.03.2016).

Tabelle 2: Die Anzahl der Personen, deren Antrag auf Anerkennung des Flüchtlingsstatus in der Republik Polen stattgegeben wurde, 2007–2015

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Russische Föderation	104	129	100	42	82	48	26	13	21
Syrien	0	0	0	0	0	0	70	115	203
Belarus	3	14	20	19	19	24	21	14	14
Irak	5	28	1	5	16	1	2	8	24
Afghanistan	0	2	0	4	4	1	21	27	8
andere	4	13	8	12	32	13	68	85	79

Stand: 31.12.2105

Quelle: *Urząd do Spraw Cudzoziemców [Ausländerbehörde]: TOP 5: Ochrona Międzynarodowa [Internationaler Schutz]*. <<http://udsc.gov.pl/wp-content/uploads/2016/01/top5-ochrona1.pdf>> (abgerufen am 11.03.2016).

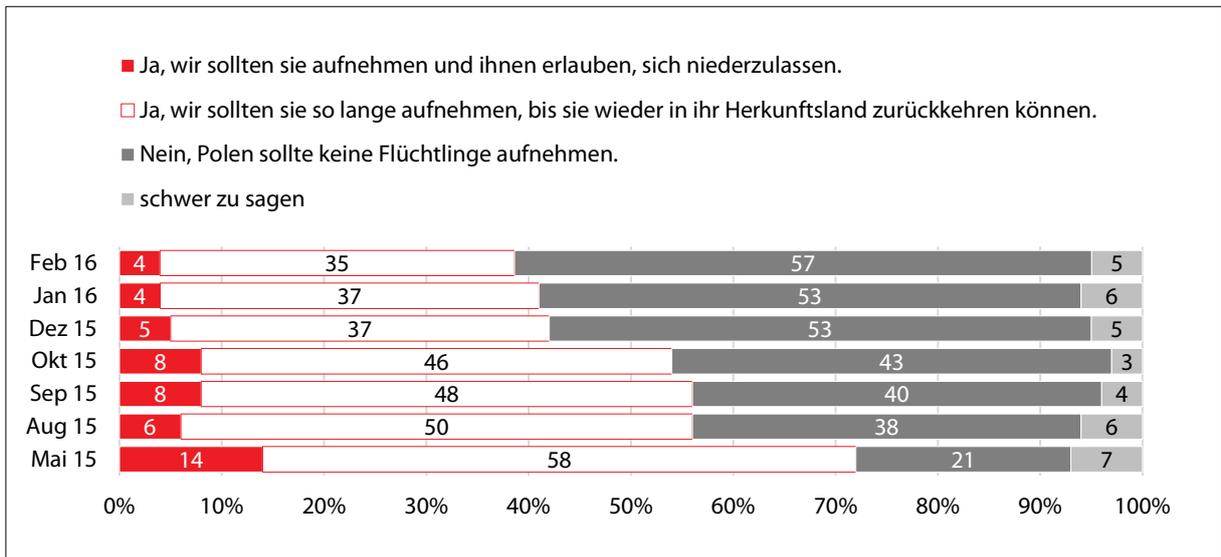
Tabelle 3: Die Anzahl der Personen, denen der Status des subsidiären Schutzes zuerkannt wurde, 2008–2015

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Russische Föderation	1.059	2.259	173	128	119	85	107	100
Irak	3	22	5	8	1	0	15	24
Syrien	0	0	0	2	5	20	17	3
Somalia	0	6	0	0	0	19	3	2
Sri Lanka	8	16	1	1	0	0	0	0
andere	7	11	17	14	15	7	28	34

Stand: 31.12.2105

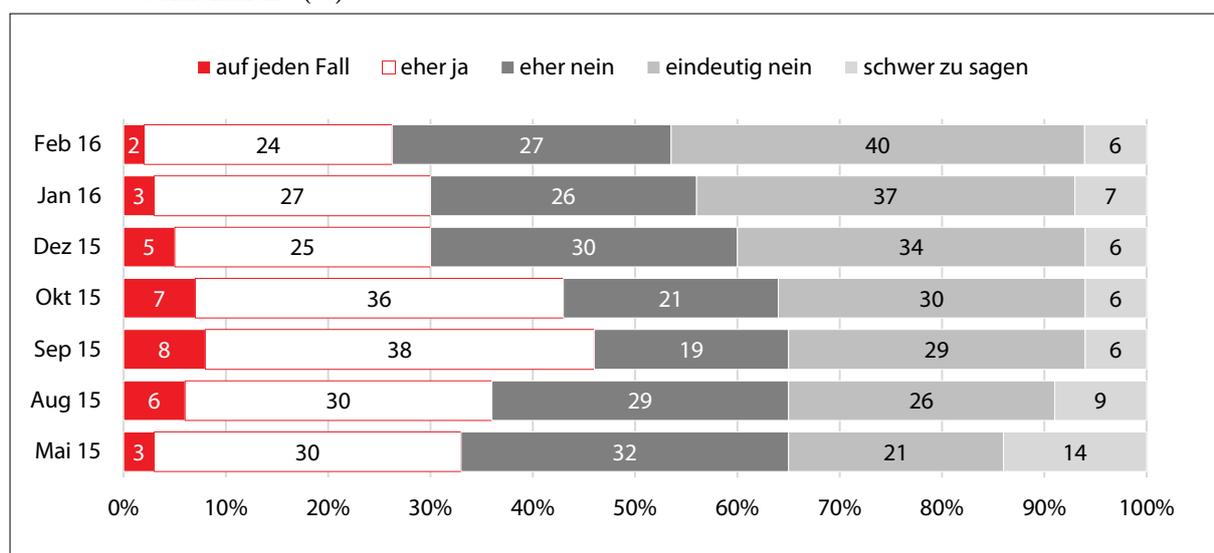
Quelle: *Urząd do Spraw Cudzoziemców [Ausländerbehörde]: TOP 5: Ochrona Międzynarodowa [Internationaler Schutz]*. <<http://udsc.gov.pl/wp-content/uploads/2016/01/top5-ochrona1.pdf>> (abgerufen am 11.03.2016).

Grafik 2: Sollte Polen Ihrer Meinung nach Flüchtlinge aus Ländern mit bewaffneten Konflikten aufnehmen? (%)



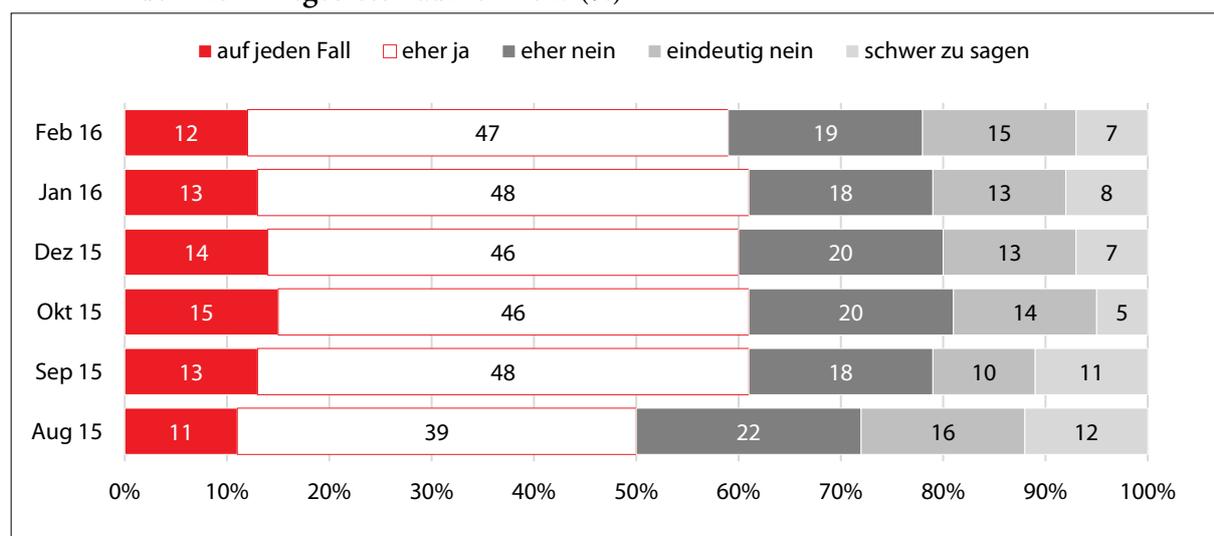
Quelle: *CBOS: Komunikat z Badań nr 24/2016: Sposunek Polaków do przyjmowania uchodźców [Die Einstellung der Polen zur Aufnahme von Flüchtlingen]*. Warszawa 02/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 3: Infolge des großen Andrangs von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika in einige Länder der Europäischen Union sind diese Länder nicht in der Lage, damit fertig zu werden. Sollte Polen einen Teil der Flüchtlinge, die nach Europa kommen, aufnehmen? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z Badań nr 24/2016: Stosunek Polaków do przyjmowania uchodźców [Die Einstellung der Polen zur Aufnahme von Flüchtlingen]. Warszawa 02/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 4: Im Zusammenhang mit dem Konflikt im Osten der Ukraine wurde der Anstieg der Anzahl der Flüchtlinge von dort verzeichnet. Sollte Polen ukrainische Flüchtlinge aus den Konfliktgebieten aufnehmen? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z Badań nr 24/2016: Stosunek Polaków do przyjmowania uchodźców [Die Einstellung der Polen zur Aufnahme von Flüchtlingen]. Warszawa 02/2016. <www.cbos.pl>

1. – 14. März 2016

01.03.2016	Die Regierung beschließt den Entwurf einer Gesetzesnovelle über die Anwesenheit ausländischer Militäreinheiten auf polnischem Territorium. Dieser beschränke sich auf Friedenszeiten, wenn Artikel 5 des NATO-Vertrags nicht greift. Mit Blick auf die sich verschlechternde Sicherheitslage in Mittelosteuropa sei eine Regelung notwendig geworden.
02.03.2016	Sejmmarschall Marek Kuchciński (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) trifft sich in Prag mit dem Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses des Parlaments der Tschechischen Republik, Jan Hamáček, und dem Vorsitzenden des Senats, Milan Stech. In der europäischen Flüchtlingskrise sprächen beide Länder mit einer Stimme, so Stech. Thematisiert werden außerdem die Zusammenarbeit in der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) sowie die Verbesserung der Infrastruktur zwischen den Ländern Mittelosteuropas.
03.03.2016	Die polnische Regierung unterstützt die Kandidatur von Marek Belka, Präsident der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP), für das Amt des Präsidenten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London.
04.03.2016	In Warschau trifft sich der Konsultationsausschuss der Präsidenten Polens und der Ukraine. Auf der anschließenden Pressekonferenz bekräftigt Präsidialminister und Ausschussvorsitzender Krzysztof Szczerski, dass sich Polen als Fürsprecher der proeuropäischen Bestrebungen der Ukraine verstehe und sich für die Aufhebung der EU-Visumspflicht für die Ukraine ausspreche. Polen setze sich dafür ein, dass es während des NATO-Gipfels in Warschau im Juli zu einer Sitzung des NATO-Rates mit der Ukraine auf der Ebene der Staatsoberhäupter kommt. Ohne die Wiederherstellung des internationalen Rechtes auf dem Staatsgebiet der Ukraine gebe es keinen Frieden und keine Friedensgarantie für Europa.
07.03.2016	Am Rande des EU-Sondergipfels mit der Türkei zur Flüchtlingsproblematik zeigt sich Ministerpräsidentin Beata Szydło zuversichtlich, dass sich die europäische Flüchtlingsfrage außerhalb der EU lösen lasse, was auch wieder ein normales Funktionieren des Schengenraumes ermöglichen würde. Polen sei bereit, sich bei der Sicherung der EU-Außengrenzen mit Personal und Ausrüstung zu engagieren sowie humanitäre Hilfe für Flüchtlinge zu leisten.
08.03.2016	Nach Auffassung von Ministerpräsidentin Beata Szydło ist die heutige Verhandlung des Verfassungstribunals über dessen im Dezember 2015 von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) beschlossene Reform nicht gesetzeskonform, daher würden die Entscheidungen auch nicht als bindend erachtet. Das Verfassungstribunal verhandelt die von Abgeordneten, dem Bürgerrechtsbeauftragten, dem Landesrat des Gerichtswesens und dem Obersten Gerichtshof eingereichten Klagen gegen die Novelle des Gesetzes zum Verfassungsgericht.
09.03.2016	Die Verfassungsrichter urteilen, dass die im Dezember 2015 von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) beschlossene Reform des Verfassungstribunals in mehreren Punkten verfassungswidrig ist. Der Vorsitzende des Verfassungsgerichts, Andrzej Rzepliński, fasst zusammen, dass das von PiS verabschiedete Gesetz die zuverlässige und reibungslose Arbeit des Gerichts verhindere.
10.03.2016	Die Chefin der Kanzlei der Ministerpräsidentin, Beata Kempa, gibt im Sejm bekannt, dass das Urteil des Verfassungstribunals vom Vortag über die Verfassungswidrigkeit der verabschiedeten Reform des Gerichts nicht im Amtsblatt veröffentlicht werden könne, da es nicht nach dem seit Dezember 2015 geltenden Recht entschieden wurde.
11.03.2016	Laut veröffentlichtem Abschlussbericht der »Venedig-Kommission« (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) stellt die Reform des Gesetzes zum Verfassungstribunal in Polen eine Gefahr für den Rechtsstaat, die Demokratie und die Menschenrechte in Polen dar. Die Reform trat im Dezember 2015 in Kraft und ruft seitdem heftige Kontroversen hervor. Die »Venedig-Kommission« empfiehlt des Weiteren, das Urteil des Verfassungstribunals von dieser Woche, das die Verfassungswidrigkeit der Reform in mehreren Punkten feststellt, zu veröffentlichen.
12.03.2016	Regierungssprecher Rafał Bochenek teilt mit, dass die Analyse der »Venedig-Kommission« (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht), die Außenminister Witold Waszczykowski wegen des Konflikts über die im Dezember 2015 verabschiedete Reform des Gesetzes zum Verfassungstribunal angefordert hatte, dem Sejm zur Beratung übergeben werden soll. So sollten alle Fraktionen gemeinsam den politischen Streit lösen können. Im Sejm verfügt die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) über die absolute Mehrheit.

12.03.2016	In Polen demonstrieren landesweit Zehntausende gegen die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und für die Respektierung des Rechtsstaates. In Warschau, wo zirka 50.000 Menschen an einer Kundgebung teilnehmen, sagt Ryszard Petru, Vorsitzender von Die Moderne (Nowoczesna), dass sich Polen derzeit in der tiefsten Verfassungskrise seit der Transformation 1989/90 befinde. Auch Politiker der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und der Vereinigten Linken (Zjednoczona Lewica) nehmen an den Demonstrationen teil.
14.03.2016	Nach Meinung von Kamila Gasiuk-Pihowicz, Pressesprecherin von Die Moderne (Nowoczesna), spielt Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) auf Zeit, indem Ministerpräsidentin Beata Szydło die Analyse der »Venedig-Kommission« (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) von vergangener Woche zur Reform des Verfassungstribunals (Dezember 2015) dem Sejm zur Beratung weiterleitet. Dahinter stehe die Absicht, die Diskussion in die Länge zu ziehen und durch Ermüdung das Interesse an dem Thema zu schwächen. Weiter appelliert sie an PiS, das Recht zu achten. Sollte die Regierung das Urteil des Verfassungsgerichts der letzten Woche in zur der Reform nicht veröffentlichen, sei dies ein Signal für Europa, dass Polen die demokratischen Rechtsstaatsprinzipien nicht respektiere.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2016 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

D-64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen